

Eine interessante Entwicklung zeigt sich bei einem längerfristigen Vergleich der regionalen Struktur der baden-württembergischen Ausfuhr. So war noch 1962 der Anteil der EWG-Länder mit 30,8% an der baden-württembergischen Ausfuhr geringer als der der EFTA-Länder mit 33,0%. Damals war auch noch die Schweiz mit einem Ausfuhranteil von fast 12% unser bedeutendster Kunde, vor Frankreich mit rund 10% und Italien mit fast 9%. Erst auf dem vierten Platz folgten die Vereinigten Staaten knapp vor den Niederlanden mit jeweils rund 7%. Neben der auf Grund der Römischen Verträge bedingten engeren Wirtschaftsverflechtung der EWG-Länder mit Baden-Württemberg, die zweifellos in erster Linie zu Lasten einiger EFTA-Länder ging, gewannen die Vereinigten Staaten von Amerika auch anteilmäßig im Exportgeschäft Baden-Würtbergs an Bedeutung. Die Staaten des Ostblocks konnten in den letzten zehn Jahren ihren Anteil am baden-württembergischen Export sogar mehr als verdoppeln. Rückläufig war im Vergleich dazu der Ausfuhranteil nach Asien. Er ging nicht zuletzt auch wegen der starken japanischen Konkurrenz auf wichtigen Sektoren von 8,8% im Jahr 1962 auf 6,7% im Jahr 1971 zurück. Bei den übrigen Erdteilen waren dagegen keine größeren anteilmäßigen Verschiebungen festzustellen.

Weitere Exportentwicklung noch ungewiß

Nachdem es am 18. Dezember 1971 zu einer umfassenden Neubewertung der westlichen Währungen gegenüber dem als Leitwährung geltenden Dollar gekommen war, vollzieht sich der internationale Handel wieder bei festen Wechselkursen, die innerhalb einer erweiterten Bandbreite³ schwanken können, in ruhigeren Bahnen. Der Aufwertungssatz der DM in Höhe von 4,6% vermindert sich nach dem Realignment gegenüber den Ländern, die ihre Währungen gleichfalls aufgewertet haben. Gegenüber Japan ist die DM sogar abgewertet worden. Dasselbe gilt geringfügig gegenüber der Schweiz. Im Vergleich zu den Währungen, die abgewertet wurden, übersteigt der Aufwertungssatz der DM 4,6%. Das sind in erster Linie die Vereinigten Staaten von Amerika sowie Italien und Schweden. Frankreich und Großbritannien haben ihre Parität nicht verändert. Damit ergibt sich durch die Neufestsetzung der Wechselkurse für die DM im Vergleich zu den letzten Monaten des

³ Nach dem Realignment können die Wechselkurse jetzt innerhalb einer Bandbreite von insgesamt 4,5%, d. h. von 2,25% nach beiden Seiten schwanken.

Floatens, in denen die DM bereits de facto höher bewertet war, auf jeden Fall ein niedrigerer Aufwertungssatz.

Für den Export der Bundesrepublik und damit auch Baden-Württembergs bringen die Washingtoner Beschlüsse zwar gegenüber einzelnen Ländern, nicht jedoch insgesamt wesentliche Veränderungen im Vergleich zur vergangenen Phase der freien Wechselkurse. Wenn auch die Dollarabwertung als wettbewerbsverschärfender Faktor hinzukommt, so steht diesem Effekt eine Entlastung durch die Aufhebung der seit August wirksamen Importsteuer der Vereinigten Staaten entgegen. Die Situation der Exportwirtschaft ist sicherlich durch die genannten wechsellkursbedingten Änderungen und die kleineren Auftragspolster ungünstiger als zu Beginn des Jahres 1971, aber es kann auch damit gerechnet werden, daß das wirtschaftliche Wachstum in Ländern wie Italien und Großbritannien wieder zunehmen wird und das gute konjunkturelle Klima in den Vereinigten Staaten von Amerika und in Frankreich erhalten bleibt.

Nach den bisher vorliegenden Zahlen über die Auslandsbestellungen, die im Februar um 20,5% höher lagen als im Vergleichsmonat des Vorjahres, scheint sich wieder eine günstigere Exportentwicklung anzubahnen. Insgesamt gesehen wird man sich jedoch vorerst auf größere Auslieferungen noch nicht einstellen dürfen, da der höhere Auftragseingang erst mit einer gewissen Verzögerung in den Zahlen der Ausfuhrstatistik seinen Niederschlag finden wird. Das bestätigt auch das Ergebnis einer Befragung über die Erwartungen bedeutender Industrieunternehmen über den Verlauf des Exportgeschäfts. Fast alle Firmen stimmen darin überein, daß der Wettbewerb um die Auslandsmärkte härter werden dürfte und die Ertragsbelastung nicht zuletzt wegen nachteiliger Finanzierungskonditionen anhalten werde. Auch die Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern in Baden-Württemberg kommt in ihrem Bericht zur Wirtschaftslage zu der Feststellung, daß die Mehrheit der Firmen den Eingang an Export-Aufträgen als zu gering bezeichnet und daß die einheimischen Unternehmen auf konjunkturelle Schwächetendenzen in bedeutenden Abnehmerländern stoßen. Bei schwacher Konjunktur in den Partnerländern entscheide weniger die Frage der nicht beeinträchtigten Lieferfähigkeit, der Qualität oder des Service als vielmehr der Preis eines Produktes. Hierin sehen die meisten baden-württembergischen Exportfirmen eine Erschwerung der Ausfuhr im Jahr 1972.

Dipl.-Volkswirt Günter Schittenhelm

Ingenieurschulen im Wandel

Der baden-württembergische Landtag hat am 17. Dezember 1971 das „Gesetz über die Fachhochschulen im Lande Baden-Württemberg“ (Fachhochschulgesetz-FHG, veröffentlicht in „Gesetzblatt für Baden-Württemberg“ Nr. 2 vom 13. Januar 1972) verabschiedet und damit eine neue Phase in der Bildungspolitik eingeleitet, deren Auswirkungen auf das Bildungsverhalten der Bevölkerung derzeit noch nicht in vollem Umfang zu übersehen sind. Neben einzelnen Höheren Fachschulen wurden bisher von diesem Gesetz besonders die staatlichen Ingenieurschulen betroffen, die durch Rechtsverordnung der Landesregierung vom 8. Februar 1972 (veröffentlicht in „Gesetzblatt von Baden-Württemberg“ Nr. 5, vom 3. März 1972) alle in Fachhochschulen übergeleitet worden sind.

Damit hat sich auch die den Ingenieurschulen übertragene Aufgabe nicht unerheblich gewandelt. Ursprünglich hatten Ingenieurschulen die Aufgabe, eine höhere technische Bildung auf wissenschaftlicher Grundlage zu vermitteln, für die ein sechssemestriges Studium vorgesehen war. Im neuen Bildungskonzept wird den Ingenieurschulen als Fachhochschulen die Aufgabe zuteil, auf eine berufliche Tätigkeit vorzubereiten,

die die Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden erfordert (oder die Fähigkeit zu künstlerischem Gestalten). Durch Integration in den Hochschulbereich sollen sie zugleich dem weiterbildenden Studium dienen und sich auch an Veranstaltungen der Weiterbildung beteiligen.

Zugangsvoraussetzungen angehoben

Infolge der gewandelten, höheren Aufgabenstellung haben sich auch die Zugangsvoraussetzungen an den Ingenieurschulen geändert. Früher war der Zugang mit dem Abschlußzeugnis einer Realschule – oder einer gleichwertigen Bildung – in Verbindung mit einer abgeschlossenen beruflichen Ausbildung (Gesellen- oder Facharbeiterprüfung) möglich. Das Fachhochschulgesetz bestimmt aber als Zulassungsvoraussetzungen die Fachhochschulreife, also den erfolgreichen Besuch der 12. Klasse eines Gymnasiums oder den Abschluß der letzten Klasse einer Fachoberschule, bzw. eine gleichwertige Vorbildung. Hochschulreife oder fachgebundene Hochschulreife schließen selbstverständlich die Fachhochschulreife ein.

Tabelle 1
Studierende an Ingenieurschulen

Ingenieurschule	Wintersemester			
	1960/61	1966/67	1970/71	1971/72
	Anzahl			
Staatliche Ingenieurschulen				
Aalen	—	323	709	823
Biberach	—	206	242	232
Esslingen	1 038	1 122	1 169	1 076
Furtwangen	284	471	602	611
Heilbronn	—	443	686	674
Karlsruhe	1 124	1 185	1 503	1 548
Konstanz	1 072	1 063	1 195	1 157
Mannheim	473	638	899	970
Nürtingen	99	147	267	258
Offenburg	—	295	349	301
Ravensburg	—	212	267	233
Reutlingen	468	307	422	423
Sigmaringen	—	—	73	77
Stuttgart (Bauwesen)	755	880	858	934
Stuttgart (Druck)	139	192	261	340
Ulm	128	596	704	671
Zusammen	5 580	8 080	10 206	10 333
Private Ingenieurschulen				
Hohenstein	—	34	46	47
Isny	—	314	167	157
Zusammen	—	348	213	204
Ingenieurschulen insgesamt	5 580	8 428	10 419	10 537
darunter weiblich	47	105	286	360
darunter Ausländer	245	602	689	685

Geändert hat sich durch das Fachhochschulgesetz auch noch die Studiendauer. Sie ist auf vier Studienjahre erweitert worden, wobei die praktische Ausbildung als sogenanntes Industriesemester jeweils für ein halbes Jahr nach dem 2. und dem 4. Studiensemester absolviert werden muß.

Das Fachhochschulgesetz verbessert also die wissenschaftliche Ausbildungsgrundlage der Studierenden an Ingenieurschulen. Das hat zur Folge, daß nun auch die Übergangsmöglichkeiten für ein Weiterstudium an den Universitäten bzw. an den Technischen Hochschulen durch günstigere Anrechenbarkeit der abgeleisteten Studienzeit verbessert wurden, soweit das Studium an Fachhochschulen im Rahmen von Gesamthochschulen nicht überhaupt schon voll in die Studienpläne integriert ist.

Der Beginn einer neuen Phase in der Bildungspolitik gibt Anlaß, rückschauend die zahlenmäßige Entwicklung an den Ingenieurschulen des Landes zu betrachten. Dabei muß zunächst allgemein darauf hingewiesen werden, daß im Vergleich zum Durchschnitt des Bundesgebiets in Baden-Württemberg die Neigung zu einem Studium an Ingenieurschulen nicht ganz so groß ist wie zu einem Studium an Universitäten.

Günstige Schüler-Lehrer-Relation

So waren 1969 unter je 10 000 der Wohnbevölkerung von Baden-Württemberg nur 10,8 Studierende an Ingenieurschulen, im Durchschnitt des Bundesgebiets jedoch 11,3. Daraus darf nicht geschlossen werden, daß der Ausbau der Ingenieurschulen im Lande hinter dem im Bundesgebiet zurückgeblieben wäre. Im Gegenteil, die Errichtung von fünf neuen öffentlichen Ingenieurschulen (drei weitere wurden aus anderen Schularten entwickelt) im Verlauf von zehn Jahren zeigt, daß Baden-Württemberg auch auf diesem Sektor des Bildungswesens nicht untätig gewesen ist. Besonders deutlich wird dies an der Schüler-Lehrer-Relation, die an den Ingenieurschulen Baden-Württembergs mit die günstigste unter allen Flächenstaaten des Bundesgebietes ist. So unterrichtete 1969 in Baden-Württemberg eine Lehrkraft 11,3 Studierende an Ingenieurschulen gegenüber 12,2 im Durchschnitt des Bundesgebiets. Im Vergleich dazu betrugen diese Quoten zum Beispiel in Bayern 15,1 und in Hessen 12,7.

Daß die Besuchsquote an Ingenieurschulen im Jahr 1969 in Baden-Württemberg unter dem Bundesdurchschnitt lag, dürfte im wesentlichen darauf zurückzuführen sein, daß auch die Quote der Realschulabschlüsse (328 je 10 000 der Wohnbevölkerung) den Bundesdurchschnitt (339) nicht ganz erreichte und somit die Zulassungsvoraussetzungen nur von einem im Vergleich zum Durchschnitt des Bundesgebiets relativ kleineren Personenkreis erfüllt wurden. Andererseits weist Baden-Württemberg aber eine hohe Schulbesuchsquote an Gymnasien auf und liegt auch mit seiner Abiturientenquote unter den Flächenstaaten des Bundesgebiets an der Spitze. Das hatte naturgemäß zur Folge, daß sich die Übergänge aus dem Sekundarschulbereich weniger auf die Ingenieurschulen als vielmehr auf die Universitäten vollzogen hatten. Das zeigt sich unter anderem auch daran, daß nur ein kleinerer Teil der Ingenieurschulstudenten über die Hochschulreife verfügt. Da das Studium an einer Ingenieurschule im Gegensatz zu dem an den Universitäten verhältnismäßig häufig in der Nähe des Wohnorts durchgeführt wird, rund 83% der Studierenden an Ingenieurschulen kommen aus Baden-Württemberg gegenüber nur etwa 67% an den Universitäten, wurde das Aufkommen an Studenten aus dem Lande selbst nur zu einem geringen Teil durch Studierende aus anderen Bundesländern ergänzt. Trotzdem mußten in Baden-Württemberg von Jahr zu Jahr mehr Studienwillige aus Platzgründen von den Ingenieurschulen zurückgewiesen werden. Im Wintersemester 1970/71 hat ihre Zahl mit 1727 Abweisungen den absoluten Höchststand erreicht, ging dann aber im Wintersemester 1971/72 auf 502 zurück, weil die Zugänge an Ingenieurschulen, wie später noch zu zeigen sein wird, ganz allgemein im Verlauf dieses Jahres zurückgegangen sind.

Weniger Erstimmatrikulierte

1971 gab es in Baden-Württemberg 16 staatliche Ingenieurschulen, die alle in Fachhochschulen übergeführt wurden und zwei private Ingenieurschulen, deren Überführung zur Zeit noch nicht entschieden ist. In einem Zeitraum von zehn Jahren sind also zu den bis dahin bereits bestehenden Ingenieurschulen in Esslingen, Furtwangen, Karlsruhe, Konstanz, Mannheim, Reutlingen, Stuttgart (Bauwesen) und Ulm neue Ingenieurschulen in Aalen, Biberach, Heilbronn, Offenburg und Ravensburg hinzugekommen. Die Ingenieurschulen in Nürtingen und Sigmaringen und Stuttgart (Druck) bestanden in anderer Form schon vorher. Auch die beiden privaten Ingenieurschulen haben ihren Lehrbetrieb erst im Laufe der letzten zehn Jahre aufgenommen.

Insgesamt hat die Zahl der Studierenden an Ingenieurschulen vom Wintersemester 1960/61 bis zum Wintersemester 1971/72 um etwa 90% zugenommen, sich also fast verdoppelt. Diese Zunahme verteilte sich jedoch nicht auf alle Semester gleichmäßig, denn hohe Zunahmequoten sind nur bis zum Wintersemester 1970/71 vorhanden. Im Verlauf des letzten Jahres, also zwischen dem Wintersemester 1970/71 und 1971/72 ist die Zahl der Studierenden an Ingenieurschulen nur noch um rund 1% angestiegen. Die Ursache für diesen Einschnitt dürfte im wesentlichen in den geänderten Zulassungsbedingungen begründet sein, denn die Zugangsvoraussetzungen, die durch das Fachhochschulgesetz festgesetzt sind, galten rückwirkend ab Wintersemester 1971/72.

Durch Neuzugänge stieg an den Ingenieurschulen die Zahl der deutschen Studierenden mit allgemeiner oder fachgebundener Hochschulreife auf 787 und damit im Vergleich zum vorangegangenen Wintersemester von 5,3 auf 8,0% aller Studenten an. Einschließlich der 647 Zugänge mit Fachhochschulreife erfüllen demnach derzeit 1434 Studenten (fast 15%) die durch das Gesetz vorgesehenen neuen Zulassungsvoraussetzungen. Insgesamt wurde jedoch die sonst an Ingenieurschulen vorhandene Zahl von Erstimmatrikulationen im Wintersemester 1971/72 nicht erreicht. So verzeichneten die Ingenieurschulen nur 1776 Studienanfänger gegenüber 2417 vor einem Jahr.

Tabelle 2

Studierende an öffentlichen und privaten Ingenieurschulen nach Fachrichtungen

Fachrichtung	Wintersemester				
	1960/61	1966/67	1970/71	1971/72	
	Anzahl			%	
Hoch- und Ingenieurbau	1 361	1 619	1 666	1 736	16,5
Vermessung	192	303	443	429	4,1
Feinwerktechnik	597	972	1 228	1 103	10,5
Maschinenbau	1 678	2 362	2 469	2 160	20,5
Elektrotechnik	950	1 676	2 103	2 217	21,0
Verfahrenstechnik	96	129	170	224	2,1
Chemische Technik	—	151	188	184	1,7
Physikalische Technik	—	196	324	285	2,7
Textiltechnik	468	341	256	244	2,3
Wirtschafts- und					
Betriebstechnik	—	91	359	499	4,7
Landbau	99	147	222	195	1,9
Chemie	—	249	194	223	2,1
Kunststofftechnik	—	—	51	53	0,5
Technologie	—	—	138	135	1,3
Physikalische Elektronik	—	—	5	7	0,1
Produktionstechnik	—	—	36	138	1,3
Informatik	—	—	221	300	2,8
Umformtechnik	—	—	12	37	0,4
Graphische					
Verfahrenstechnik	139	192	261	279	2,6
Mathematik	—	—	18	35	0,3
Haushalts- und					
Ernährungstechnik	—	—	55	54	0,5
Zusammen	5 580	8 428	10 419	10 537	100
Außerdem Vorbereitungskurs	—	—	74	1 984	18,8

Im Zusammenhang mit der Einführung des Fachhochschulgesetzes haben Bewerber mit mittlerer Reife als Vorbildung auf Grund eines Erlasses des Kultusministeriums für eine Übergangszeit die Möglichkeit, durch den Besuch eines zweisemestrigen Vorbereitungskurses oder ähnlicher Einrichtungen, zur Fachhochschulreife zu gelangen. Dadurch sollen insbesondere den Bewerbern aus dem sogenannten zweiten Bildungsweg die Übergangsmöglichkeiten auf Fachhochschulen offengehalten werden. Diese Bewerber sind noch nicht voll immatrikuliert und deshalb zunächst auch noch nicht als echte Studierende zu zählen.

Im Wintersemester 1970/71 gab es nur an zwei Ingenieurschulen des Landes Vorbereitungskurse, die von zusammen 74 Schülern besucht wurden. Im Wintersemester 1971/72 führten bereits 17 der 18 Ingenieurschulen derartige Vorbereitungskurse mit insgesamt 1 984 Teilnehmern durch. Diese Kurse sind allerdings nicht den im Vorjahr abgehaltenen Vorbereitungskursen mit direkt vergleichbar. Durch diese Zugänge, die zunächst noch verzögert an die Ingenieurschulen kommen, dürfte jedoch in Kürze auch wieder die in den vergangenen Semestern an den Ingenieurschulen vorhandene Zahl von Erstimmatrikulationen erreicht werden.

Karlsruhe hat die größte Ingenieurschule

Wie bereits vor zehn Jahren hat auch im Wintersemester 1971/72 nach der Zahl der immatrikulierten Studenten Karlsruhe (1548) die größte Ingenieurschule des Landes; nur etwas kleiner sind die Schulen in Konstanz (1157) und Esslingen (1076). Abgesehen von der Staatlichen Ingenieurschule Sigmaringen (77 Studierende) sind die privaten Ingenieurschulen die kleinsten des Landes.

Verglichen mit dem vor zehn Jahren vorhandenen Studentenbestand sind in Ulm (+428%), Nürtingen (+161%), Stuttgart (Druck, +145%), Furtwangen (+115%) und Mannheim (+105%) die stärksten Zunahmen zu verzeichnen. Von den später gegründeten Ingenieurschulen sind die seit dem Wintersemester 1966/67 eingetretenen Veränderungen um 155% in Aalen und um 52% in Heilbronn bemerkenswert.

Dagegen hat der Studentenbestand in Esslingen und Konstanz nur geringfügig zugenommen. An der Ingenieurschule Reutlingen ist die Zahl der Studierenden im Wintersemester 1971/72 sogar etwas geringer gewesen als im Wintersemester 1960/61, jedoch ist hier nach wie vor ein relativ hoher Anteil ausländischer Studierender vorhanden (22,5%), der in Baden-Württemberg nur an der Ingenieurschule Konstanz (26,1%) höher liegt.

Starke Zunahme in den traditionellen Ingenieurfächern

Die zahlenmäßige Entwicklung an den einzelnen Ingenieurschulen ist unter anderem stark von der Bedeutung abhängig gewesen, die die von ihnen zum Studium angebotenen Fachrichtungen für die Weiterentwicklung bzw. für die strukturellen Veränderungen einer modernen Wirtschaft haben. So haben die neu aufgenommenen Studienfachrichtungen wie Informatik, Produktionstechnik, Technologie, Verfahrenstechnik, Chemische und Physikalische Technik und vor allem Wirtschafts- und Betriebstechnik einen beachtlichen Zustrom an Studierenden erhalten.

Trotzdem haben sich im Verlauf von zehn Jahren die sowohl zahlenmäßig als auch relativ bedeutsamsten Zunahmen an Studierenden in den traditionellen Ingenieurfächern vollzogen. So nahm die Zahl der Studierenden in der Fachrichtung Elektrotechnik um 1 267 (+133%), in Feinwerktechnik um 506 (+85%), im Maschinenbau um 482 (+29%) und im Hoch- und Ingenieurbau um 375 (+28%) zu.

Im Vergleich zu der Entwicklung der Studierendenzahl an den Ingenieurschulen vollzogen sich im gleichen Zeitraum an den Universitäten in den traditionellen Ingenieurfächern folgende Veränderungen: Die Zahl der Studierenden im Bauingenieurwesen (einschließlich Vermessungswesen) nahm um 216 (+12%) und in der Elektrotechnik um 142 (+8%) zu, im Maschinenbau um 194 (–7%) ab. Diese Zahlen sind zwar nicht direkt miteinander vergleichbar, aus ihnen werden jedoch die Grö-

Tabelle 3

Deutsche Studierende an öffentlichen und privaten Ingenieurschulen nach der schulischen Vorbildung

Schulische Vorbildung	Wintersemester							
	1960/61		1966/67		1970/71		1971/72	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Studierende insgesamt	5 580	100	8 428	100	10 419	100	10 537	100
davon								
Deutsche	5 335	95,6	7 826	92,9	9 730	93,4	9 852	93,5
Ausländer	245	4,4	602	7,1	689	6,6	685	6,5
Von den deutschen Studierenden hatten								
Hochschulreife	—	—	345	4,4	516	5,3	787	8,0
Fachhochschulreife	—	—	—	—	—	—	647	6,5
Realschulabschluß/Obersekundareife	—	—	4 200	53,7	5 452	56,0	4 873	49,5
Fachschulreifeprüfung	—	—	3 281	41,9	3 762	38,7	3 545	36,0

ßenordnungen sichtbar, mit denen diese beiden Ausbildungssysteme auf die entsprechenden Fachrichtungen einwirken. Ein Rückgang ist hingegen in der Fachrichtung Textiltechnik zu verzeichnen, in der die Zahl der Studierenden innerhalb von zehn Jahren um 48% gesunken ist. Mit diesem Rückgang ist auch die Veränderung der Studierendenzahl an der Ingenieurschule Reutlingen zu erklären. In diesem Zusammenhang muß darauf hingewiesen werden, daß auch die Zahl der Beschäftigten in der Textil- und in der Bekleidungsindustrie in diesem Zeitraum zurückgegangen ist. Mit Sicherheit werden die an den Ingenieurschulen etwas stärker praxisbezogen gelehrt Fachrichtungen auch in Zukunft starken Belastungen durch die wechselnden Anforderungen der modernen, Strukturwandlungen unterworfenen Wirtschaft ausgesetzt sein. Abgewartet werden muß jedoch, ob sich die

Entwicklung an den Fachhochschulen in der von den Bildungspolitikern beabsichtigten Weise weiter vollziehen wird. Es kann aus den wenigen – seit Vorliegen des Fachhochschulgesetzes zur Verfügung stehenden – Vergleichszahlen zunächst noch nicht mit Sicherheit ausgeschlossen werden, daß die geänderten Zulassungsbestimmungen nicht zu einem sinkenden Studentenbestand an den Ingenieurschulen führen werden. Die neuen Zugangsvoraussetzungen verzögern einerseits die Zugänge mit mittlerer Reife, andererseits ist aber auch noch nicht endgültig zu übersehen, ob Bewerber mit Hochschulreife in größerem Umfang an die Ingenieurschulen kommen oder ein Studium an einer Universität vorziehen werden. Falls diese rückläufigen Tendenzen an den Ingenieurschulen eintreten sollten, dürften sie bereits innerhalb eines verhältnismäßig kurzen Zeitraums erkennbar werden.

Dipl.-Volkswirt Karl-Heinz Festerling

Das Bruttoinlandsprodukt 1971

In Anpassung an das Vorgehen des Statistischen Bundesamtes, das von Zeit zu Zeit seine volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen einer Revision unterzieht, um die Ergebnisse neuer statistischer Erhebungen und auch verbesserte methodische Abgrenzungen in die Berechnungen einbeziehen zu können, haben auch die Statistischen Landesämter im Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder eine Neuberechnung des Bruttoinlandsprodukts ab 1960 vorgenommen. Bei den im Heft 9/1970 für 1967 bis 1969 veröffentlichten Zahlen wurde die Revision bereits weitgehend berücksichtigt. Mit den nunmehr ab 1960 vorliegenden Ergebnissen steht wieder eine längere Reihe vergleichbarer Zahlen zur Verfügung.

Ganz allgemein kann festgestellt werden, daß sich das Niveau des Bruttoinlandsprodukts in Baden-Württemberg nach der Revision gegenüber den bisher veröffentlichten Ergebnissen um 2,5% bis 3,5% erhöht hat. Die Aussagekraft der früheren Zahlen und insbesondere die ausgewiesenen Entwicklungstendenzen werden dadurch keineswegs gemindert. Die Änderungen wirken sich in den einzelnen Wirtschaftsbereichen verschieden aus. Die Erhöhung des Bruttoinlandsprodukts geht in erster Linie auf eine Anhebung des Beitrags des Verarbeitenden Gewerbes, der Energiewirtschaft und des Baugewerbes zurück. Geringfügig waren die Zunahmen beim Bereich Handel und Verkehr. Die Dienstleistungsbereiche liegen mit den revidierten Ergebnissen unter den bisher nachgewiesenen.

1971 abgeschwächtes Wirtschaftswachstum

Nach dem außerordentlich kräftigen Wirtschaftswachstum der Jahre 1969 und 1970, in denen Baden-Württemberg mit 15% und 14,3% über dem Bundesdurchschnitt liegende Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts aufwies, ging das Jahr 1971 in das Stadium einer konjunkturellen Spätphase über. Das wirtschaftliche Wachstum schwächte sich eindeutig ab, aber es wurde trotzdem nicht jenes konjunkturelle Tief erreicht, mit dem die meisten wirtschaftswissenschaftlichen Institute auf Grund der verfügbaren Konjunkturindikatoren und anderer Symptome zu Anfang des Jahres 1971 noch gerechnet hatten.

In Baden-Württemberg erreichte das Bruttoinlandsprodukt 1971 nach ersten vorläufigen Berechnungen die Höhe von 115,3 Mrd. DM. Dies entspricht einer Zuwachsrate gegenüber 1970 um 11,1%. Damit wurde der Bundesdurchschnitt (10,6%), wie bereits in den beiden vorhergehenden Jahren noch über-

troffen. In der verhältnismäßig hohen nominalen Zuwachsrate kommt allerdings nicht nur das Wirtschaftswachstum zum Ausdruck, sondern auch die Preisentwicklung. Bei einer Bewertung des Bruttoinlandsprodukts mit Preisen von 1962, also unter Ausschaltung der Preiseinflüsse, ergibt sich 1971 noch ein reales Wirtschaftswachstum gegenüber dem Vorjahr von 3%. Darin zeigt sich deutlich die wirtschaftliche Abschwächung des vergangenen Jahres, vor allem bei einem Vergleich mit 1970, wo die reale Zuwachsrate noch 6,5% betrug. Für das Bundesgebiet wird eine ähnliche Entwicklung ausgewiesen¹. Auch hier ist das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen

¹ Wirtschaft und Statistik, Heft 2/1972 S. 73 ff.

Tabelle 1
Bruttoinlandsprodukt in Baden-Württemberg
und im Bundesgebiet

Jahr	Baden-Württemberg			Bundesgebiet		
	Mill. DM	Veränderung zum Vorjahr in %	1960 = 100	Mill. DM	Veränderung zum Vorjahr in %	1960 = 100

In jeweiligen Preisen

1960	42 707			302 550		
1961	48 670	+ 14,0	114	333 450	+ 10,2	110
1962	52 863	+ 8,6	124	360 910	+ 8,2	119
1963	56 387	+ 6,7	132	384 770	+ 6,6	127
1964	62 621	+ 11,1	147	422 140	+ 9,7	140
1965	69 209	+ 10,5	162	462 020	+ 9,4	153
1966	73 325	+ 5,9	172	492 100	+ 6,5	163
1967 ¹⁾	74 066	+ 1,0	173	496 860	+ 1,0	164
1968 ¹⁾	78 990	+ 6,6	185	540 540	+ 8,8	179
1969 ¹⁾	90 827	+ 15,0	213	603 880	+ 11,7	200
1970 ¹⁾	103 833	+ 14,3	243	684 180	+ 13,3	226
1971 ¹⁾	115 300	+ 11,1	270	756 900	+ 10,6	250

In Preisen von 1962

1960	46 887			328 590		
1961	50 827	+ 8,4	108	347 060	+ 5,6	106
1962	52 863	+ 4,0	113	360 910	+ 4,0	110
1963	54 524	+ 3,1	116	373 280	+ 3,4	114
1964	58 913	+ 8,0	126	398 500	+ 6,8	121
1965	62 792	+ 6,6	134	421 030	+ 5,7	128
1966	64 229	+ 2,3	137	433 010	+ 2,8	132
1967 ¹⁾	63 958	- 0,4	136	432 090	- 0,2	131
1968 ¹⁾	66 992	+ 4,7	143	462 890	+ 7,1	141
1969 ¹⁾	74 783	+ 11,6	159	499 840	+ 8,0	152
1970 ¹⁾	79 632	+ 6,5	170	528 200	+ 5,7	161
1971 ¹⁾	82 000	+ 3,0	175	542 200	+ 2,7	165

¹⁾ Vorläufige Ergebnisse.